

Jahresgruß

2015: Messen wir die Politik an Taten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2014 war ein ereignisreiches Jahr – Gewerkschaftstag, Gesetzentwurf zur Anhebung der Pensionsaltersgrenze, erste Gerichtsentscheidung zum „5 x 1 %“-Deckel, Regierungsumbildung und so weiter.

Dank unseres gemeinsamen gewerkschaftlichen Einsatzes war 2014 ein Jahr auch mit Höhen und nicht nur mit Tiefen.

Zunächst stand am Jahresanfang die Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen. Wir, der dbb und seine Mitgliedsorganisationen, setzten durch Kampfstärke und publikumswirksame Aktivitäten die Arbeitgeber unter Druck. Wir erreichten spürbare Einkommensverbesserungen. Das überzeugte. Wir gewannen eine ganze Reihe von Neumitgliedern.

Anfang Mai fand unser viel beachteter und erfolgreicher Gewerkschaftstag in Mainz mit Wahlen und gewerkschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen statt. Dabei erfreuten wir uns an einer guten Medienresonanz, besonders im SWR-Fernsehen, und mit einem ausführlichen Interview in der Allgemeinen Zeitung Mainz. Sogar im bundesweit verbreiteten Behörden Spiegel wurden im letzten Jahr mehrere Artikel über unsere Arbeit und über unseren Gewerkschaftstag veröffentlicht.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer erneuerte bei der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages in hartem, aber fairem Schlagabtausch mit mir ausdrücklich ihre kurz zuvor gemachte Zusage, den „5 x 1 %“-Deckel auf Besoldungs- und Versorgungsanpassungen im Landes- sowie im Kommunaldienst in Rheinland-Pfalz ab 2015 zu lüften.

Seit Anfang 2014 befassten wir uns mit dem Gesetzentwurf zur Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze der Beamtinnen und Beamten im Landes- und Kommunaldienst.

Durch hartnäckige, fachspezifische Argumentation ist es uns gelungen, die geplante Komplettstreichung des Übergangsgeldes bei besonderen Altersgrenzen im Vollzugsdienst bei Justiz, Polizei und Feuerwehr zu verhindern. Die Zahlung ist für Bestandspersonal gesichert.

Gesichert haben wir auch die Beibehaltung der besonderen Altersgrenzen im Justizvollzugsdienst.

Mit unserem engagierten und sachlich fundierten Einsatz für eine volle Übertragung der positiven Maßnahmen aus dem Rentenpaket 2014 auf die Beamtenversorgung in Rheinland-Pfalz haben wir das nun beginnende parlamentarische Gesetzgebungsverfahren gut

vorbereitet. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen und der Opposition haben sich uns gegenüber teilweise positiv für eine Rentenpaketübertragung ausgesprochen. Im Gegensatz zur Regierung können sich einige ein Umklappen vorstellen. Eine politische Entscheidung zum Übertragen von Mütterrente, Rente mit 63 und Verbesserungen bei Erwerbsminderung muss her!

Außerdem wurde uns eine Anpassung der Erschwerniszulagen in größerem Umfang zugesagt.

Bei der „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen ab 2012 im Landes- und Kommunaldienst haben wir bisher mit der reichlich unpräzisen Ankündigung zum Deckellüften allerdings nur ein Licht am Ende des Tunnels.

Nach wie vor sagt Ministerpräsidentin Malu Dreyer nicht, wie und wann genau der Deckel geöffnet werden soll. Die Landesregierung bleibt bei der doppelten Bedingung für die Abkehr von „5 x 1 %“:

Nur wenn Steuerschätzungen zweimal in Folge günstig ausfallen und das Tarifergebnis TV-L im Frühjahr 2015 „akzeptabel“ und damit aus Sicht des Landes nicht zu hoch ausfällt, soll es Anpassungen über dem einen jährlichen Prozent geben.



dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz

Auch bei der gemeinsamen Sitzung von Ministerrat und dbb Landesleitung Anfang November blieb das Kabinett bei seiner Hinhaltetaktik.

Diese Haltung können wir im dbb rheinland-pfalz überhaupt nicht nachvollziehen.

Wir können nicht verstehen, warum dann die Zusage zum Deckellüften so substanzlos erfolgte. Seit Mai 2014 so lange heiße Luft zu produzieren, das ist ein starkes Stück einer Politik, die sich klar erkennbar nicht festlegen will.

Damit muss jetzt Schluss sein.

Wir verlangen, dass konkret gehandelt wird, damit das Tunnellicht sich im weiteren Verlauf nicht als Tranfunzel herausstellt.

Die bloße Ankündigung höherer Bezügeanpassungen ab 2015 ist Medizin in homöopathischer Dosis. Die Landesregierung ist mit ihrem offensichtlichen Trostpflasterplan gescheitert. Wenn die Dosierung jetzt nicht konkret erhöht wird, verwässert die Zusage

der Ministerpräsidentin zum wirkungslosen Placebo.

Der Druck auf Landesregierung und Landeshaushalt nimmt stetig und unausweichlich zu.

Im neuen Jahr stehen weitere gewerkschaftspolitisch wichtige Meilensteine an.

Zunächst ist da die an Rosenmontag beginnende Einkommensrunde 2015, diesmal für den öffentlichen Dienst der Länder. Das Ergebnis wird wichtige Maßstäbe für Besoldung und Versorgung der Beamten liefern. Die dritte Verhandlungsrunde ist bereits sicherheitshalber terminiert auf Mitte März 2015.

Dann ist da das mit Spannung für das Frühjahr 2015 erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation im Vorlageverfahren aus Koblenz, wo ein Leitender Oberstaatsanwalt musterhaft

für das Stopfen einer 20-prozentigen Besoldungslücke seit 1983 streitet. Auch wir wollen mit unseren mit dbb Rechtsschutz geführten Musterprozessen die Verfassungswidrigkeit der Höhe von Beamtenbesoldung und -versorgung feststellen lassen.

Weiter wird sich das Bundesverwaltungsgerichtsverfahren zur altersdiskriminierenden Besoldung nach den alten Altersstufen in Rheinland-Pfalz auswirken – auch hier ruhen drei Musterfälle mit dbb Rechtsschutz.

Je nach Ausgang der Verfahren wird man sehen, welche finanziellen Spielräume der Landesregierung bleiben und wie energisch wir für eine volle Übertragung des TV-L-Ergebnisses auf Besoldung und Versorgung streiten müssen. Und vom Stopfen zwischenzeitlich gerissener Bezahlungslücken haben wir da noch gar nicht gesprochen.

Spätestens nach der Sommerpause beginnt dann der Landtagswahlkampf ernsthaft.

Also: Ein ereignisreiches Jahr zeichnet sich auch 2015 ab.

Für den dbb rheinland-pfalz und seine Mitgliedsorganisationen wird es viele Gelegenheiten geben, die gemeinsamen, statusgruppenübergreifenden Positionen kundzutun. Dafür brauchen wir auch Ihre tatkräftige Unterstützung sowie das solidarische Miteinander aller Kolleginnen und Kollegen – ob als Beamte oder Arbeitnehmer!

Die Aufrechterhaltung des öffentlichen Dienstes ist ebenso wie die angemessene, auskömmliche Bezahlung des Personals Pflichtaufgabe des Staates.

Der Staat darf diejenigen, die ihn beschützen, nie im Stich lassen. Das gilt für die Bezahlung genauso wie für die Wert-

schätzung der geleisteten Arbeit und ganz besonders für den Respekt sowie die auch für die Öffentlichkeit klar wahrnehmbare Rückendeckung, wenn Angriffe auf das Personal des öffentlichen Dienstes von wem auch immer kommen.

Lassen Sie uns also gemeinsam weiter den Finger in die vielen Wunden legen und für unsere Ziele kämpfen. Nehmen wir die Politik in die Pflicht, denn mit schönen Worten und vagen Zusagen gewinnt man keine Fachkräfte.

Gemessen wird an Taten – und auf genau diese Taten wollen wir nicht länger warten.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien zusammen mit der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2015.

*Ihre
Lilli Lenz,
Landesvorsitzende*

dbb Jahrestagung 2015

Personal braucht Rückendeckung

Viele Impulse für Rheinland-Pfalz mitgenommen

Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz sowie zahlreiche weitere gewerkschaftliche Funktionsträgerinnen und -träger aus der dbb Familie haben vom 11. bis 13. Januar 2015 an der zehnten dbb Jahrestagung in Köln teilgenommen. Drei zentrale Themenblöcke wurden in Reden, Vorträgen und Podiumsdiskussionen behandelt.

dbb Bundeschef Klaus Daurer beeindruckte mit einer glasklaren, scharfen Argumentation gegen ein aus Sicht des dbb eindeutig verfassungswid-

riges Tarifeinheitsgesetz. Sowohl Bundesinnenminister Thomas de Maizière als auch zur Podiumsdiskussion geladene Mitglieder des Bundestages vermochten es nicht, wirkungsvoll Paroli zu bieten. Es wurde zugesichert, den vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf im Bundestag genau zu prüfen. Spannend bleibt also, ob damit ein Kippen oder Modifikationen des Entwurfs verbunden sein werden.

Der dbb forderte weiter eine Verbesserung der versorgungsrechtlichen Anerkennung von



> Gruppenbild mit Chef: dbb Bundesvorsitzender Klaus Daurer im Kreise von Rheinland-Pfälzern am ersten Tag der Veranstaltung.

Kindererziehungszeiten in Anlehnung an die „Mütterrente“ des Rentenpakets 2014. Das ist auch in Rheinland-Pfalz dbb Forderung zum entsprechenden Landesgesetzentwurf und politisch in Mainz sehr umstritten.

Alle Tagungsteilnehmer waren sich einig, dass mehr zur Vorbeugung von Gewalt gegen Personal des öffentlichen Dienstes und bei der Opferhilfe getan werden muss.

Dieses ernste Thema steht auch im Land auf der Agenda, wo der dbb rheinland-pfalz gegenüber dem Ministerrat eine gemeinsame Erklärung dazu angeregt hat. Das Innenressort bereitet aktuell einen Entwurf vor.

Detaillierte Informationen zur Jahrestagung finden sich in den Publikationen des dbb Bund sowie im Internet unter www.dbb.de.

Angriffe auf Behördenmitarbeiter Deutlicher Anstieg

Kleine Anfrage der CDU im Landtag

2013 hat es in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Attacken auf Vollstreckungsbeamte und Angehörige der Rettungsdienste gegeben. Insgesamt wurden 569 Fälle von Körperverletzung erfasst, 64 mehr als im Jahr 2012. Das entspricht einem Anstieg von mehr als zwölf Prozent. Bei den Rettungsdiensten ist sogar ein Anstieg um ein

Drittel zu verzeichnen. 489 Mal war eine Polizistin oder ein Polizist Leidtragende/-r eines tätlichen Angriffs, zehnmal ging es gegen Justizvollzugsbeamte, viermal gegen Feuerwehrleute und 53 Mal gegen sonstige Rettungsbedienstete.

Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine

Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Matthias Lammert (CDU) hervor (LT-DrS 16/4177).

Das Ministerium teilte darin die Fallzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik mit. Zwischen den Zeilen bedeutet das, dass es eine hohe Dunkelziffer gibt, denn nicht jede Gewaltausübung kommt auch zur Anzei-

ge, und nicht alle Sparten des öffentlichen Dienstes wurden erfasst.

Die Polizeipräsidien erklären den signifikanten Anstieg bei den Körperverletzungsdelikten unter anderem mit zunehmender Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten und polizeilichen Maßnahmen. ■

Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand:

„5 x 1 %“-Deckel auf Beamtenbesoldung und -versorgung muss JETZT weg!

Auch Anti-Gewalt-EntschlieÙung und Resolution zum Gesundheitsmanagement verabschiedet

Das von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bereits im Frühjahr zugesagte Lüften des seit 2012 wirkenden „5x1 %“-Besoldungsdeckels im rheinland-pfälzischen Landes- und Kommunaldienst muss unverzüglich erfolgen. Das hat der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz am 25. November 2014 in Mainz erneut eindringlich bekräftigt durch eine ohne Gegenstimmen verabschiedete EntschlieÙung.

Das zweithöchste Beschlussgremium des dbb Landesbundes stellte dabei fest:

Die bisherige Hinhaltetaktik der Landesregierung ist für die Betroffenen unerträglich.

Die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben die Hängepartie gründlich satt.

Wir wollen nicht darauf warten, ob die nächste

Wirtschaftsprognose gut ausfällt.

Wir wollen nicht darauf warten, ob das Verhandlungsergebnis um den Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Landesdienst (TV-L) im kommenden Frühjahr aus Dienstherrensicht „akzeptabel“ ausfällt. Denn das wird es als Kompromiss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Für Besoldung und Versorgung in Rheinland-Pfalz muss es jetzt heißen: „Taten statt Worte!“ Rheinland-Pfalz läuft sonst Gefahr, auf dem Besoldungs- und Versorgungsgleis die unrühmliche rote Laterne am Ende des Zuges öffentlich-rechtlicher Dienstherren in Deutschland zu bekommen.

Der dbb rheinland-pfalz fordert von der Landesregierung, als Sofortmaßnahme jetzt zu versprechen, dass das 2015er-



> Die Mitglieder des Landesvorstands des dbb rheinland-pfalz am 25. November 2014 in Mainz-Bretzenheim.

TV-L-Ergebnis 1:1 deckungsgleich im Volumen und im Zeitpunkt für die Beamtenbesoldung und -versorgung im Landes- und Kommunaldienst übernommen wird.

Über inzwischen schon gerissene Bezahlungslücken zwischen den Beamtenbezügen und vergleichbaren Bezahlungen in der Privatwirtschaft in Rheinland-Pfalz befindet bald das Bundesverfassungsgericht mit Auswirkungen auf dbb Musterverfahren im Land. Dann wird sich zeigen, ob

über die TV-L-Übernahme hinaus noch weitere Heilungsmaßnahmen nötig sind. Den Volltext der EntschlieÙung finden Sie hier:

http://www.dbb-rlp.de/pdf/positionen/0314_5x1_Deckel-JETZTweg.pdf

Außerdem verabschiedete das Gremium eine Resolution „Schluss mit Gewalt gegen das Personal im öffentlichen Dienst“. Gefordert wird eine klare Positionierung der Landesregierung zusammen mit

den Gewerkschaften, wie sie der dbb rheinland-pfalz gegenüber dem Ministerrat angeregt hat. Den Text finden Sie hier:

http://www.dbb-rlp.de/pdf/positionen/0414_Schluss_mit_Gewalt.pdf

Die Gewerkschaft schlägt eine selbstverpflichtende Grundsatzserklärung der Landesregie-

rung vor und verspricht sich mehr Rückhalt für angegriffenes Personal. Gleichzeitig erinnert der dbb Landesbund an die Notwendigkeit gesteigerten Einsatzes für mehr Respekt und Wertschätzung gegenüber dem öffentlichen Dienst und seinen Beschäftigten.

Die dritte Entschließung befasst sich mit Gesundheitsma-

nagement im öffentlichen Dienst. Den Text finden Sie hier:

http://www.dbb-rlp.de/pdf/positionen/0514_Gesundheitsmanagement.pdf

Hier geht es um den Abschluss einer Vereinbarung zwischen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der Landesregierung, durch die es zur

Aufgabe aller Dienststellen werden soll, das existente Rahmenkonzept „Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung“ auch wirklich anzuwenden.

Von beiden Maßnahmen versprechen sich die Gremienmitglieder Ausstrahlungswirkung auch auf den kommunalen Bereich. ■

dbb rheinland-pfalz mit komba bei Kommunalen Spitzenverbänden

Mit „5 x 1 %“ gar nicht zufrieden

Musterverfahrensvereinbarung unterzeichnet

In einem Informationsgespräch tauschten sich dbb Landesleitung und führende Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz am 1. Dezember 2014 in Mainz über die aktuelle Situation des öffentlichen Dienstes im Land und bei den Kommunen aus.

Gesprochen wurde zunächst über die „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen. Der dbb rheinland-pfalz lehnt sie als langfristige Festlegung auf faktische Minusrunden aus verfassungsrechtlichen Gründen ab. Die Kommunalen Spitzenverbände sehen sich durch die Deckelung bei der Personalentwicklung eingeengt.

In Sachen „5 x 1 %“ gilt im Landesdienst eine radikale Verfahrensvereinfachung, wenn sich ein Betroffener wehren will: Selbst Antragschreiben auf amtsangemessene Besoldung sind nicht mehr nötig. Das Land verzichtete auf individuelle Anträge zum Offenhalten der Einzelfälle und lockerte das rechtliche Erfordernis der zeitnahen Geltendmachung, sodass kein von „5 x 1 %“ betroffener Beamter oder Versorgungsempfänger im Landesbereich noch irgendetwas unternehmen musste, um

„sein“ Verfahren ruhend zu stellen. Nur die Musterklageverfahren werden weiter betrieben. Alle anderen Betroffenen können abwarten, wie sich die Rechtsprechung entwickelt.

komba und dbb rheinland-pfalz gingen in das Gespräch mit den Kommunalen Spitzenverbänden, um diese kommunal nachgezeichnete Praxis bei den kommunalen Dienstherren nun auch schriftlich zu fassen. Deshalb wurde den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände eine entsprechende Verfahrensvereinbarung im Entwurf vorgelegt, die diese zwischenzeitlich unterschrieben haben. Auch im Kommunaldienst kommt es also nicht mehr auf das Stellen eines Alimentationsantrages an.

Mit der Vereinbarung haben die Kommunalen Spitzenverbände auch erklärt, bei zukünftigen Masseverfahren analog der mit dem Land gefundenen Lösung prozessökonomisch vorzugehen und im Ergebnis Nicht-Musterkläger unbürokratisch am jeweiligen Musterklageverfahrensausgang teilhaben zu lassen.

Diskutiert wurde weiterhin über dienstliche Belastungssituationen im Rettungsdienst, bei den Feuerwehren, im kommunalen Vollzugsdienst, im Hausmeisterdienst an Schulen und in Asylantenheimen sowie im Sekretariatsdienst an Schulen.

Gesprochen wurde auch über die Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst, wo bei den Kommunalen Arbeitge-

bern teils Unterschiede von bis zu drei Gruppen bei der tarifrechtlichen Einsortierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestünden. Die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände gestanden zu, dass es tarifrechtliche Unstimmigkeiten in diesem Bereich gibt, die auszuräumen sind. Der Kommunale Arbeitgeberverband sei dafür bereits sensibilisiert.

Abschließend verwies die dbb Delegation auf die vom Hauptvorstand des Landesbundes am 25. November 2014 in Mainz einstimmig verabschiedeten Resolutionen „Schluss mit Gewalt gegen Personal im öffentlichen Dienst“ und „Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz“.

Die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände zeigten sich aufgeschlossen. Sie können sich vorstellen, auch auf der kommunalen Ebene eine Grundsatzserklärung gegen Gewalt im öffentlichen Dienst abzugeben, wenn eine Mustererklärung des Landes vorliegt. In Bezug auf das Thema Gesundheitsmanagement blicken sie auf die Unfallkasse Rheinland-Pfalz und deren Expertise zur eventuellen Erstellung eines Handlungsleitfadens für die Kommunen. ■



> Spitzengespräch in Mainz: komba Ehrenvorsitzender Klaus Geiser, stellvertretender dbb Landesvorsitzender und komba Landesvize Torsten Bach, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Winfried Manns (Gemeinde- und Städtebund), dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, Geschäftsführer der Direktor Burkhard Müller (Landkreistag), Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Neutz (Städtetag) und komba Landesvorsitzender Rolf Führ (von links)

Erfolgreiche Führungsarbeit Sicheres Auftreten in den Medien

Jährliches Seminar in Königswinter

Unter der Leitung von Manfred Mauren befassten sich die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und weitere Funktionsträger aus den satzungserrechtlichen Gremien am 18. und 19. November 2014 im dbb forum siebengebirge mit Übungen und Inhalten zur Steigerung der Routine im Umgang mit Medienvertretern sowie Medien.

Behandelt wurden der Umgang mit Journalisten, die Zwänge der elektronischen Medien, das sichere Auftreten in Rundfunk und Fernsehen sowie das Gestalten prägnanter Botschaften. Vor der Kamera im Fernsehstudio der

Bildungsstätte wurden Statements und Interviews geübt. Die Ergebnisse wurden analysiert, Optimierungsmöglichkeiten wurden aufgezeigt.

Die Seminarteilnehmer erarbeiteten die Notwendigkeit koordinierter Kommunikation und zwar über mehrere Kanäle inklusive Internet sowie in Kooperation zwischen Dachverband und Mitgliedsorganisationen.

Das Seminar setzte die seit 2010 beim Landesbund laufende Reihe „Führungsarbeit“ fort, sozusagen ein Trainingscamp für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. ■

„5 x 1 %“-Besoldungsdeckel

Keine Bewegung

Ministerpräsidentin und Grüne bitten um Geduld, Opposition bekommt entsprechende Antwort im Landtag

Die Landesregierung bleibt angesichts des steten gewerkschaftlichen Drucks zur sofortigen Konkretisierung der nebulös angekündigten Abkehr von der „5 x 1 %“-Besoldungs- und Versorgungsdeckelung im Landes- und Kommunaldienst bei ihrer hinhaltenden Abwartetaktik:

Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) teilte dem dbb rheinland-pfalz mit Schreiben vom 30. November 2014 mit, dass „eine Aussage, wann oder in welcher Höhe eine weitergehende Bezügeanpassung

2015 in Betracht kommt, (...) erst nach Abschluss der Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) erfolgen“ könne. Folglich bittet sie bis Mitte März 2015 um Verständnis und weitere Geduld.

Dass inzwischen die neuen 2015er-Besoldungstabellen amtlich bekannt gemacht wurden, bedeute nicht, dass die Ankündigung, den Bezügedeckel ab 2015 öffnen zu wollen, hinfällig geworden sei.

Grünen-Fraktionschef Daniel Köbler führte schriftlich am



Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Die Schmerzklinik am Arkauwald ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Unser Leistungsspektrum umfasst Rehabilitationsbehandlung (ehemals Sanatoriumsbehandlung) und Krankenhausbehandlung (im Rahmen einer multimodalen Schmerztherapie).

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Preise und Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Vor Beginn der stationären Behandlung erstellen wir für Sie gerne eine Kosten- und Prozedurenübersicht (Kostentransparenz).

Wir beraten Sie individuell und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!



Schmerzklinik am Arkauwald

Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und psychosomatische Schmerzerkrankungen

Bismarckstr. 52
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 545-0
Fax: 07931 545-131
E-Mail: schmerz@schmerz.com

Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 7777 456

www.schmerz.com

24. November 2014 zum Thema aus, man werde „in den kommenden Monaten die Aufhebung des Besoldungsdeckels intensiv diskutieren“.

Allerdings müssten zuvor „wichtige Entscheidungen abgewartet und externe Faktoren berücksichtigt werden“, wozu die „Ergebnisse der Tarifverhandlungen 2015 für Angestellte“ gehörten.

Mit seiner Kleinen Anfrage zu „5 x 1 %“ konnte der Landtags-

abgeordnete Bernhard Henter (CDU) die Landesregierung vor diesem Hintergrund nicht aus der Reserve locken (LT-DrS 16/4234).

Finanzstaatssekretär Dr. Salvatore Barbaro bezog sich auf die entscheidende Pressemitteilung der Staatskanzlei vom Frühjahr 2014, mit der die Ministerpräsidentin das Lüften des Besoldungs- und Versorgungsdeckels ab 2015 angekündigt hatte. Diese impliziere „das Abwarten des Ergebnisses der Tarifverhandlungen zum

Tarifvertrag der Länder (TV-L)“. Infolgedessen könnten noch keine konkreten Aussagen dazu getroffen werden, „wann oder in welcher Höhe weitergehende Bezügeanpassungen im Verhältnis zu den gesetzlich bereits fixierten ein Prozent ab 2015 realisiert werden.“

Weil die Landesregierung davon ausgeht, dass die Besoldung der Beamten und Richter auch seit 2012 den verfassungsrechtlichen Vorgaben gerecht wird, so der Staatssekre-

tär, halte „die Landesregierung eine sofortige Korrektur der seit 2012 gesetzlich vorgegebenen Anpassungen für nicht angezeigt.“

Vielleicht belehrt das Bundesverfassungsgericht die Landesregierung. In Karlsruhe wurde am 3. Dezember 2014 mündlich über die Besoldung der Richter und Staatsanwälte verhandelt (Musterfall aus Rheinland-Pfalz: 2 BvL 1/14). Mit einem maßgeblichen Urteil wird im Frühjahr 2015 gerechnet. ■

Bezirksverband Rheinhessen

Bardo Kraus wiedergewählt

Hauptversammlung in Mainz diskutiert über Besoldungs- und Tarifrecht im öffentlichen Dienst

6

Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz

(bv) Bei der Hauptversammlung des dbb Bezirksverbandes Rheinhessen, die im dbb Haus in Mainz stattfand, wurde der bisherige Bezirksvorsitzende Bardo Kraus (komba gewerkschaft) aus Nackenheim wiedergewählt. Sein Stellvertreter ist auch zukünftig Manfred Funck aus Weinsheim (DPoIG). Neuer Schatzmeister ist Gerd Krölller aus Mainz (BRH). Zu Beisitzern gewählt wurden August Huhn (Oberdiebach, DPVKOM), Hans-Georg Korsch (Wallertheim, komba), Werner Lütke-meier (Mainz, DPVKOM) und Peter Mertens (Worms, DVG). Dem bisherigen Schatzmeister Kurt Schröttke aus Wendelsheim (DPoIG), der nicht mehr kandidiert hatte, dankte Bardo Kraus dafür, dass er viele Jahre lang diese wichtige Aufgabe in vorbildlicher Weise wahrgenommen habe.

Der Bezirksvorsitzende konnte in seinem Rechenschaftsbericht auf eine Reihe von Aktivitäten verweisen. So wurden Gespräche mit den neu gewählten Oberbürgermeistern von Mainz, Bingen und Ingelheim geführt. Regelmäßig lud der Bezirksverband zu interes-

santen Besichtigungen von Betrieben sowie der neuen Mainzer Synagoge ein. Das jährliche Grillfest biete die willkommene Möglichkeit, sich in gemütlicher Runde im Kollegenkreis zu treffen.

> Gegen „5 x 1 %“

Die Teilnehmer der Hauptversammlung übten scharfe Kritik an der zögerlichen Haltung der Landesregierung und der sie tragenden Koalition bezüglich der Überwindung der gesetzlich für fünf Jahre festgeschriebenen Besoldungserhöhung von jeweils nur einem Prozent. Sie verwiesen auf die anhängigen Gerichtsverfahren und forderten eine deutliche Anhebung der Beamtenbezüge im Jahr 2015.

> Für abschlagsfreien Ruhestand

Bei der beabsichtigten Anhebung der Pensionsaltersgrenzen analog dem Rentenrecht müsse es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Möglichkeit des abschlagsfreien Ruhestandes ab dem 63. Geburtstag bei 45 Dienstjahren auch den



> Versammlungsteilnehmer (von links): Kurt Schröttke, Manfred Funck, Hans-Georg Korsch, Bardo Kraus, August Huhn, Peter Mertens, Gerd Krölller, Werner Lütke-meier, Gero Haas

Beamten eingeräumt wird. Es gehe nicht, erklärte Bezirksvorsitzender Bardo Kraus, nur die Verschlechterungen aus dem Rentenrecht zu übertragen und zugleich die Verbesserungen den Beamten vorzuenthalten.

> Für Entgeltordnung zum TVöD Kommunen

In der Tarifpolitik wurde bedauert, dass immer noch keine Entgeltordnung für den kommunalen Bereich des TVöD vereinbart werden konnte. Bei den anstehenden Verhandlungen über die Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst müsse berücksichtigt werden, dass für den Erzieherberuf eine fünfjäh-

rige schulische Ausbildung gefordert werde. Dies müsse sich auch in einer adäquaten Bezahlung widerspiegeln.

> Gegen Verschlechterungen bei der tariflichen Zusatzversorgung

Besorgnis bestand im Hinblick auf die Zusatzversorgung. Eine weitere Verschlechterung, wie von einem Teil der Arbeitgeber gefordert, werde den öffentlichen Dienst weiter ins Hintertreffen bringen. Angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels gelte es vielmehr dafür zu sorgen, dass die Verwaltung auch für Nachwuchskräfte attraktiv bleibe. ■

BV Trier

Tarifpolitik 2015: „Es gilt das gebrochene Wort ...“

dbb zu Gast bei der DVG

Willi Russ, Fachbereichsvorstand Tarifpolitik des dbb, gab am 27. November 2014 in Trier einen Überblick über die zerklüftete Tarif- und Besoldungslandschaft des öffentlichen Dienstes in Deutschland.

Nach der Begrüßung durch den DVG Bezirksvorsitzenden Edgar Möller äußerte der Zweite Vorsitzende des dbb im Rokokosaal des Kurfürstlichen Palais seine Kritik an Versprechen von Politikern zu Wahlzeiten und der Realität bei Tarifverhandlungen. Das gipfelte in der Feststellung: „Es gilt das gebrochene Wort ...“



> Stellvertretender DVG-Bezirksvorsitzender Thomas Esper, stellvertretender dbb Landesvorsitzender Gerhard Bold, dbb Bezirksvorsitzender und DVG-Bezirksvize Bernd Richardt, Zweiter dbb Vorsitzender und Fachbereichsvorstand Tarifpolitik, Willi Russ, sowie DVG-Bezirksvorsitzender Edgar Möller in Trier (von links)

nem Fachreferat für die Gemeinsamkeit der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes aus dem Tarif- und Beamtenbereich, da sich eine gerechte und gute Einkommensstruktur nur erreichen lässt, wenn beide Bereiche sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern Solidarität zeigen. Daran schloss sich eine rege Diskussionsrunde an, moderiert vom stellvertretenden DVG-Bezirksvorsitzenden Thomas Esper.

Bernd Richardt, dbb Bezirksvorsitzender Trier, lud nach seinem Schlusswort zu vertiefenden Gesprächen beim Glas Moselwein im Säulenhof des Kurfürstlichen Palais ein.

Die Teilnehmer der saalfüllenden Veranstaltung äußerten sich überaus positiv zu den Einblicken in Tarifverhandlungen, deren Erfolg sich für viele überraschend aus einer zahllosen Menge von einzelnen Details zusammensetzt.

Während in Bayern und Hamburg die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durch die Tarifierung der Arbeitgeber beziehungsweise die Besoldung durch die Dienstherren eine angemessene Wertschätzung erfahren, hapere es daran in den meisten anderen Bundesländern, insbesondere in Rheinland-Pfalz durch die Deckelung der Beamtenbesoldung auf ein Prozent pro Jahr

seit 2012. Willi Russ bemängelte besonders, dass eine einzelne Berufsgruppe zur Finanzierung der finanztechnischen Fehlleistungen der Landesregierung herangezogen wird. Aus seiner langjährigen Tarifierfahrung betonte er die Wichtigkeit von Streiks als Instrument zur Bildung der öffentlichen Meinung, welche die Tarifverhandlungen entscheidend beeinflussen.

Unter anderem führte er aus, dass es bei Tarifverhandlungen nicht nur um prozentuale Erhöhungen gehe. So arbeiten in Deutschland circa 200 000 angestellte Lehrer ohne irgendeine Tarifgrundlage und sind so auf das Wohlwollen der entsprechenden Finanzminister angewiesen.

Gerhard Bold, Vize im dbb rheinland-pfalz, warb in sei-

(bv/dvg/db)

Deutsche Polizeigewerkschaft

Benno Langenberger neuer Landesvorsitzender

Werner Kasel zum Ehrenvorsitzenden ernannt

Der Erste Polizeihauptkommissar Benno Langenberger (Polizeipräsidium Rheinpfalz) ist neuer Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Rheinland-Pfalz. Der 56-Jährige, der bereits seit zehn Jahren stellvertretender Landesvorsitzender war, erhielt vom 13. DPoIG-Landes-

delegiertentag 97 Prozent der Stimmen.

Nach mehr als 31 Jahren im Landesvorsitzendenamt stand Werner Kasel aufgrund seiner bevorstehenden Ruhestandsversetzung nicht mehr zur Wahl. Die Delegierten des Landeskongresses ernannten ihn in Wür-

digung seiner hohen Verdienste um die DPoIG und die Gewerkschaftsarbeit einstimmig zum Ehrenvorsitzenden.

1969 in die Polizei Rheinland-Pfalz eingetreten, wurde Werner Kasel 1974 in den DPoIG-Landesvorstand und 1978 zum stellvertretenden Landesvor-

sitzenden gewählt. Am 6. Mai 1983 erfolgte dann die Wahl zum Landesvorsitzenden der DPoIG Rheinland-Pfalz.

Seit 1974 ist Werner Kasel ununterbrochen in Personalräten aktiv. Seit 1984 ist er Mitglied im Hauptpersonalrat Polizei und aktuell Vorsitzender des

durchblick vormals „Der Beamte in Rheinland-Pfalz“

ISSN 0946-7483

Herausgeber: dbb – beamtenbund und tarifunion, landesbund rheinland-pfalz, Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz. **Telefon:** 06131.611356.

Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.

Redaktion: Malte Hestermann. **Telefon:** 06131.611356. **Telefax:** 06131.679995. **Fotos:** MEV.

Redaktionsschluss am 1. des Vormonats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0, **Telefax:** 02102.74023-99, **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, **Anzeigentarif** Nr. 23, gültig ab 1.10.2014.

Die Zeitschrift „durchblick“ erscheint zehnmal im Jahr. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Personalrates bei der Polizeidirektion Mayen.

1982 wurde er in den Bundeshauptvorstand, 1995 in den Bundesvorstand und 1999 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DPoIG gewählt. In dieser Funktion ist er für die Finanzen verantwortlich und vertritt den Bereich Tarif. Ebenfalls seit 1982 ist Werner Kasel im dbb rheinland-pfalz aktiv, 2014 im Landesvorstand. Auf Bundesebene gehört er dem Bundeshauptvorstand des dbb an und ist in Fachausschüssen aktiv. Für sein ehrenamtliches Engagement erhielt er 2007 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Zu stellvertretenden DPoIG-Landesvorsitzenden wurden gewählt:

Thomas Meyer, Markus Knapp, Michael Pfeifer und Michael Kestel.

Als Landesschatzmeister wurde Volker Maurer im Amt bestätigt.

Vorsitzende der „JUNGEN POLIZEI“ wurde erneut Katja Sorgen.

Ihre Vertreter sind:

Noriko Nagy, Patrick Müller, und Thorsten Räth.

Rund 130 Delegierte der Gewerkschaft tagten am 10. und 11. Dezember in der Landespolizeischule Rheinland-Pfalz auf dem Flughafen Hahn (Büchenbeuren) unter dem Motto „Mit SICHERHEIT ZUKUNFT gestalten“ und legten das gewerkschaftspolitische Pro-

gramm für die kommenden Jahre fest.

Im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung kündigte Innenminister Roger Lewentz an, dass er die finanziellen Mittel für Beförderungen aufstocken wolle. Außerdem stellte er eine verbesserte Neuregelung der Erschwerniszulagen an, deren Sätze zwischen gut sieben und knapp 30 Prozent steigen sollen.

Nach DPoIG-Berechnungen bedeutet die Anhebung der Sätze der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten für betroffene Polizeibeamtinnen und -beamte 25 bis 30 Euro plus pro Monat.

„Ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht genug, unser Ziel bleibt fünf Euro“, so Benno Langenberger dazu.

Die Delegierten berieten auch über Verbesserungen beim Gesundheitsmanagement bei der Polizei, über Verbesserungen bei der Fürsorge bei im Dienst erlittenen Verletzungen und sonstigen Schäden sowie über Probleme mit Bekleidung und Ausrüstung.

Wichtiges Thema war auch der Komplex „Wechselschichtdienst“; hier fordert die DPoIG Rheinland-Pfalz seit Jahren eine Faktorisierung der Nachtdienste, damit Schichtdienstleister auch vor dem 60. Lebensjahr abschlagsfrei in den Ruhestand gehen können.

In seiner Antrittsrede vor den Delegierten und zahlreichen Gästen aus Politik, Polizei und Gewerkschaften sprach Benno Langenberger eine deutliche Sprache.

Er beklagte die Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung von mindestens 17,8 Prozent und forderte die Landesregierung auf, endlich die Übernahme des Tarifiergebnisses zu garantieren. Aufgrund der zahlreichen Kürzungen und Einschnitte, sei der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz inzwischen unattraktiv geworden.

Ein deutlicher Beweis fehlender Wertschätzung ist für Langenberger die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte im Einsatz. Diese Pflicht, die mit notwendiger Vertrauensbildung begründet worden war, sei Unfug und müsse weg.



F. Windmüller

> DPoIG-Ehrenvorsitzender Werner Kasel, dbb Landeschefin Lilli Lenz und der neue DPoIG-Landesvorsitzende Benno Langenberger (von links)